

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Firma novotegra GmbH (nachstehend Besteller genannt)

I. Allgemeines / Geltungsbereich

Diese Einkaufsbedingungen (nachstehend: Bedingungen) gelten nur gegenüber Unternehmen im Sinne von §§ 14, 310 BGB und juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie öffentlich-rechtlichen Sondervermögen als Lieferanten oder Hersteller. Sie gelten für alle Rechtsgeschäfte bzw. Geschäftsabschlüsse unter Einschluss dazugehöriger Neben- und Hilfgeschäfte.

Entgegenstehende Geschäftsbedingungen des Lieferanten erkennt der Besteller nicht an, sofern er ihrer Geltung nicht ausdrücklich zugestimmt hat. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen des Lieferanten sind auch dann nicht bindend, wenn der Besteller ihnen nicht ausdrücklich widerspricht oder die Lieferungen des Lieferanten vorbehaltlos annimmt.

Abweichungen von diesen Bedingungen in den Auftragsbestätigungen oder Bestellungen des Bestellers setzen diese Bedingungen im Umfang der Abweichung im konkreten Einzelfall außer Kraft.

Alle Vereinbarungen, die zwischen dem Besteller und dem Lieferanten hinsichtlich einer vom Besteller angenommenen Bestellung getroffen werden, bedürfen der Textform. Mit erstmaliger Lieferung zu den vorliegenden allgemeinen Einkaufsbedingungen erkennt der Lieferant ihre ausschließliche Geltung in der jeweils aktuellen Fassung auch für alle weiteren Bestellungen an.

II. Bestellungen / Unterlagen

Sofern der Bestellung kein verbindliches Angebot des Lieferanten zugrunde lag, hält sich der Besteller 10 Tage, gerechnet ab Absendung der Bestellung, an seine Bestellung gebunden. Die Annahmeerklärung durch den Lieferanten muss dem Besteller innerhalb der 10-Tagefrist zugehen.

An Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen behält sich der Besteller Eigentums- und Urheberrechte vor. Diese dürfen Dritten ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung des Bestellers nicht zugänglich gemacht werden. Sie sind von dem Lieferanten ausschließlich für die Fertigung und Ausführung der Bestellung des Bestellers zu verwenden. Nach Vertragserfüllung sind diese Unterlagen und etwaige hiervon angefertigte Kopien unaufgefordert an den Besteller zurückzugeben, soweit sie nicht für die Durchführung weiterer Bestellungen des Bestellers benötigt werden und der Besteller dem ausdrücklich schriftlich zustimmt.

Alternativ ist der Besteller berechtigt, anstelle der Herausgabe die Vernichtung bzw. Löschung der bezeichneten Unterlagen bzw. der elektronischen Daten zu verlangen.

Von der Pflicht zur Herausgabe und Vernichtung bzw. Löschung nach dieser Ziffer II sind Dokumente und Daten ausgenommen, die aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften von dem Lieferanten aufbewahrt werden müssen, solange eine solche Aufbewahrungspflicht besteht. Von der Pflicht zur Löschung ausgenommen sind ferner Sicherungskopien, die im Rahmen automatisierter Sicherungsprozesse erstellt wurden und deren Löschung nur mit unzumutbarem Aufwand möglich wäre, sofern solche Sicherungskopien aufgrund der Eigenart der Sicherung einem unmittelbaren Zugriff entzogen sind.

III. Preise / Zahlungsbedingungen

Die in der Bestellung angegebenen Preise sind verbindlich. Die in einem Angebot des Lieferanten oder in einer Bestellung des Bestellers angegebenen Preise stellen mangels abweichender Angaben Festpreise dar und gelten einschließlich Verpackungs- und Transportmaterial. Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

Preiserhöhungen durch den Lieferanten sind nur vor Abgabe der Bestellung des Bestellers zulässig. Behält sich der Lieferant in seinem Angebot eine Anpassung der Preise nach Bestellung vor, ist dieses Anpassungsrecht auf höchstens 2 Prozent der jeweiligen Bestellsumme beschränkt. Sämtliche Preiserhöhungen sind von dem Lieferanten schriftlich zu begründen und bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Zustimmung des Bestellers.

Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem Besteller im gesetzlichen Umfang zu. Insbesondere ist der Besteller bei mangelhafter Lieferung berechtigt, die Zahlung bis zur ordnungsgemäßen Erfüllung vollständig zurückzuhalten.

Zahlung erfolgt unter Vorbehalt ordnungsgemäßer Lieferung sowie preislicher und rechnerischer Richtigkeit der vom Lieferanten zu stellenden Rechnung. Die Rechnungsbeträge werden, sofern nicht abweichend schriftlich vereinbart, innerhalb von 30 Tagen zur Zahlung auf ein vom Lieferanten anzugebendes Bankkonto fällig. Etwaige Gebühren, die die überweisende Bank für die Überweisung des geschuldeten Betrages in einer Fremdwährung (d.h. andere Währung als Euro) oder für eine Überweisung auf eine außerhalb von Deutschland befindende Bank erhebt, sind von dem Lieferanten zu tragen.

Im Falle des Zahlungsverzugs schuldet der Besteller Verzugszinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz; Fälligkeitszinsen werden nicht geschuldet.

Die Abtretung von Forderungen gegen den Besteller ist nur mit dessen schriftlicher Zustimmung wirksam.

Ich bin mit diesem Vorgehen einverstanden:

IV. Lieferbedingungen

Die in der Bestellung angegebene Lieferzeit und der vereinbarte Liefertermin sind bindend. Werden dem Lieferanten Umstände bekannt, aufgrund derer die vereinbarte Lieferzeit oder der vereinbarte Liefertermin nicht eingehalten werden kann, hat er dies unverzüglich dem Besteller in Textform anzuzeigen.

Die Lieferung erfolgt unter Verwendung von DAP, bei ausländischen Lieferanten DDP, gemäß Incoterms 2020. Benannter Lieferort ist Tübingen, Eisenbahnstraße 150, Deutschland, soweit kein anderer Ort in der Bestellung benannt wird.

Auf den Versandpapieren sind Bestell- und Artikelnummer vollständig anzugeben. Beim Versand sind die von dem Besteller mitgeteilten Versandvorschriften einzuhalten.

Teillieferungen und Vorauslieferungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Bestellers.

Lieferabrufe des Bestellers können sowohl schriftlich als auch durch Datenfernübertragung (z.B. EDI) erfolgen. Die Lieferungen sind nach den Anweisungen des Bestellers abzuwickeln. Jeder Sendung ist ein Lieferschein beizufügen, auf dem die Bestellnummer, der Artikel und die Menge in handelsüblicher Bezeichnung vermerkt sind.

Der Besteller ist berechtigt, die Annahme von Waren, die vorzeitig angeliefert werden, zu verweigern und sie auf Rechnung und Gefahr des Lieferanten zurückzusenden oder bei Dritten einzulagern.

V. Warenausgangskontrolle / Gewährleistung

Der Lieferant hat die dem Besteller zu liefernden Waren vor der Lieferung auf Mangelfreiheit zu prüfen. Er hat durch die Prüfung sicherzustellen, dass dem Besteller ausschließlich mangelfreie Ware geliefert wird. Der Lieferant haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Freiheit der gelieferten Waren von Sach- und Rechtsmängeln. Insbesondere gilt für die Bestimmung eines Sachmangels der gesetzliche Sachmangelbegriff gemäß § 434 BGB. In jedem Fall hat die gelieferte Ware bei Fehlen einer gesonderten Beschaffenheitsvereinbarung mittlerer Art und Güte (§ 360 HGB) zu entsprechen. Bei mangelhafter Lieferung hat der Lieferant nach Wahl des Bestellers kostenlosen Ersatz zu leisten, einen Preisnachlass nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften über die Minderung zu gewähren oder den Mangel kostenlos zu beseitigen. In dringenden Fällen ist der Besteller berechtigt, auf Kosten des Lieferanten die Beseitigung der Mängel selbst vorzunehmen oder durch einen Dritten vornehmen zu lassen oder anderweitig Ersatz zu beschaffen. Das gleiche gilt, wenn der Lieferant mit der Erfüllung seiner Gewährleistungsverpflichtung in Verzug gerät. Im Falle der Ersatzlieferung beginnt die Gewährleistungsfrist mit Erhalt der mangelfreien Ersatzlieferung erneut zu laufen. Der Besteller hat äußerlich erkennbare Mängel oder Transportschäden innerhalb von 5 Werktagen und versteckte Mängel innerhalb 5 Werktagen nach Entdeckung beim Lieferanten zu rügen. Diese Frist für äußerlich erkennbare Mängel verlängert sich angemessen, wenn der Abschluss der Qualitätsprüfung aufgrund technischer oder sonstiger Prüfungsbedingungen längere Zeit in Anspruch nimmt. Die gesetzlichen Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen dem Besteller neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Die Ansprüche des Bestellers aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch den Besteller oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde. Der Lieferant ist verpflichtet, alle zum Zwecke der Mängelbeseitigung bzw. Ersatzlieferung erforderlichen Aufwendungen zu tragen, auch wenn die Kaufsache an einen anderen Ort als den Erfüllungsort verbracht wurde. Die in § 437 Nr. 1 und Nr. 3 BGB bezeichneten Ansprüche verjähren frühestens drei Jahre nach Lieferung der Ware. Im Übrigen gelten für sämtliche Ansprüche des Bestellers die gesetzlichen Verjährungsregelungen. Etwaige Rechte aus einer vom Lieferant übernommenen Garantie werden durch die vorstehenden Bestimmungen dieser Ziffer V. nicht beschränkt. Ist die Sache oder Leistung unter Verletzung einer vom Lieferanten übernommenen Garantie mangelhaft, haftet der Lieferant stets verschuldensunabhängig und unbegrenzt auf Schadensersatz.

VI. Haftung und Versicherung

Soweit der Lieferant den Mangel des Leistungsgegenstandes zu vertreten hat, ist er verpflichtet, den Besteller insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschaftsbereich- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet. Daneben ist er dem Besteller zum Ersatz aller ihm entstandener Schäden verpflichtet; dies gilt insbesondere auch für sogenannte mittelbare Schäden.

Im Rahmen seiner Haftung für Schadensfälle im Sinne von Satz 1 ist der Lieferant auch verpflichtet, dem Besteller etwaige Aufwendungen zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer von dem Besteller durchgeführten und/oder behördlich angeordneten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen wird der Besteller den Lieferanten, soweit zumutbar, unterrichten. Gesetzliche Ansprüche des Bestellers bleiben unberührt. Der Lieferant verpflichtet sich, eine Produkthaftpflicht-Versicherung mit einer Deckungssumme von mindestens EUR 2 Mio. pro Personen- bzw. Sachschaden pauschal zu unterhalten.

Der Lieferant versichert, dass Rechte Dritter dem bestimmungsgemäßen Gebrauch der gekauften Waren nicht entgegenstehen, insbesondere Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden. Sofern der Besteller dennoch wegen einer möglichen Verletzung von Rechten Dritter, wie z.B. von Urheber-, Patent- und anderen Schutzrechten, in Anspruch genommen wird, stellt ihn der Lieferant hiervon und von jeder damit im Zusammenhang stehenden Leistung frei.

Der Lieferant wird den Besteller bei der Abwehr dieser Ansprüche angemessen unterstützen und dabei anfallende Kosten, insbesondere Prozess und Rechtsanwaltskosten in angemessener Höhe, tragen. Soweit dem Besteller aus Rechtsgründen Abwehr oder Verteidigungsmaßnahmen vorbehalten bleiben, hat der Besteller Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.

Wenn die Nutzung der vom Lieferanten erbrachten Leistungen durch eine gerichtliche Entscheidung untersagt ist oder wenn nach Auffassung einer Partei eine Klage wegen Verletzung von Schutzrechten droht, wird der Lieferant für Abhilfe sorgen, es sei denn, er hat die Verletzung nicht zu vertreten. Diese Abhilfe kann darin bestehen, dass der Lieferant den Besteller die streitigen Rechte verschafft oder seine vertraglichen Leistungen auf eine Weise ändert oder neu erbringt, dass keine Schutzrechte mehr verletzt werden. Unterbleibt eine Abhilfe oder bleibt sie erfolglos, ist der Besteller zum Rücktritt und daneben zur Geltendmachung von Schadensersatz berechtigt.

VII. Eigentum

Sofern der Besteller dem Lieferanten zum Zwecke der Vertragsdurchführung eigene Sachen, insbesondere Werkzeuge, Zeichnungen und Formen zur Verfügung stellen, verbleiben diese im Eigentum des Bestellers und sind als solche vom Lieferanten zu kennzeichnen. Werden von dem Lieferanten derartige Gegenstände und Dokumente zur Durchführung der Bestellung angefertigt, gilt als vereinbart, dass der Lieferant dem Besteller das Eigentum bzw. sämtliche Nutzungsrechte hieran überträgt und die Gegenstände für den Besteller in Verwahrung nimmt.

Im Eigentum des Bestellers stehende Gegenstände dürfen nur mit ihrer vorherigen schriftlichen Zustimmung entsorgt werden.

Das Eigentum an dem vom Lieferanten gelieferten Gegenständen geht spätestens mit der Zahlung des hierfür geschuldeten Kaufpreises auf den Besteller über.

VIII. Geheimhaltungsverpflichtung

Der Lieferant hat das Bestehen und den Inhalt der Bestellungen Dritten gegenüber geheim zu halten. Der Lieferant ist ebenso verpflichtet, sämtliche Informationen bezüglich des Betriebs des Bestellers geheim zu halten, die dieser anlässlich des gegenseitigen, allgemeinen Geschäftsverkehrs und bei Besuchen des Lieferanten oder seiner Beauftragten erfährt. Sämtliche Informationen, die hierbei durch Augenschein oder Mitteilung über Einrichtungen, Arbeitsweise, Vorhaben und Informationen des Bestellers dem Lieferanten bekannt werden, sind als Geschäftsgeheimnis zu behandeln und Dritten nicht zugänglich zu machen.

Die vorstehende Geheimhaltungsverpflichtung gilt nicht für solche Informationen, die dem Lieferanten bereits vor Mitteilung durch den Besteller nachweislich bekannt waren oder die der Lieferant von einem Dritten erlangt hat, sofern der Dritte jeweils rechtmäßig in den Besitz dieser Informationen gelangt ist und durch die Weitergabe nicht gegen eine ihn bindende Vertraulichkeitsverpflichtung verstößt. Ferner gelten solche Informationen als nicht vertraulich, die jedermann ohne Verletzung von Geheimhaltungspflichten zugänglich sind.

Sollte der Lieferant aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung oder einer behördlichen oder gerichtlichen Anordnung verpflichtet sein oder werden, vertrauliche Informationen offenzulegen, wird der Lieferant den Besteller hiervon unverzüglich nach Kenntniserlangung von der Offenlegungspflicht unterrichten und gemeinsam mit dem Besteller festlegen, ob und ggf. auf welche Weise eine Abwehr der Offenlegungsverpflichtung erreicht werden kann. Jede Offenlegung ist auf das erforderliche Mindestmaß zu beschränken und rechtzeitig mit dem Besteller abzustimmen.

IX. Rechtswahl / Gerichtsstand

Auf die Bestellungen des Bestellers sowie deren Durchführung findet ausschließlich Deutsches Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des internationalen Kaufrechts Anwendung (CISG). Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit den Bestellungen des Bestellers ist Tübingen.

X. Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bedingungen dieser Bedingungen unwirksam sein oder werden, so bleibt hiervon die Rechtswirksamkeit der anderen Bedingungen unberührt.

Anstelle der unwirksamen Bedingung gelten die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, soweit sie nicht durch die übrigen Bedingungen rechtswirksam abgedungen sind.